

Wochenbericht

Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch

Seite **480**

Selbstentfaltung, Lebensqualität, Emanzipation und gesellschaftliche Beteiligung gewinnen immer größere Bedeutung. Die meisten Postmaterialisten gibt es unter Selbständigen, Menschen mit Abitur, Anhängern von Bündnis90/Die Grünen und in der jungen Generation. Unterschiede zwischen Ost und West gibt es kaum noch.

von Martin Kroh

Materialistisch oder nicht? Werte prägen vor allem das Wahlverhalten.

Seite **481**

Fünf Fragen an Martin Kroh

Zunehmende wirtschaftliche Integration fördert regionale Währungs Kooperation in Asien

Seite **487**

Der intraregionale Handel spielt eine viel größere Rolle als in Europa oder Nordamerika. Kapitalströme für Direktinvestitionen sind die Folge. Kooperationen und Abkommen sichern die Währungen. Nur Vietnam, Laos und Kambodscha haben besonderen Entwicklungsbedarf, bevor die ACU geschaffen werden könnte.

von Erik Klär

Stürzt die deutsche Konjunktur in eine Rezession?

Seite **494**

Kommentar von Klaus F. Zimmermann

Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch

Martin Kroh
mkroh@diw.de

Eine gängige These des Wertewandels lautet: Neue „postmaterialistische“ Werte wie Emanzipation und Selbstentfaltung lösen traditionell bürgerliche Werte wie sozialer Aufstieg und ökonomische Sicherheit ab. Ursache dieses Wandels, so die Theorie, ist die nachhaltige Verbesserung der ökonomischen Lebensumstände nach dem Zweiten Weltkrieg. Postmaterialismus ist demnach ein Wohlstandsphänomen.

Mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels kann gezeigt werden, dass zwischen 1986 und 2006 der Anteil der Postmaterialisten unter Westdeutschen gestiegen ist. Überraschender Befund: Ostdeutsche sind in den letzten zehn Jahren deutlich postmaterialistischer geworden und haben nahezu westdeutsches Niveau erreicht. Jede neue Generation ist etwas postmaterialistischer als ihre Vorgängergeneration. Besonders postmaterialistische Bevölkerungsgruppen sind Selbständige, Personen mit hohem Schulabschluss oder Anhänger von Bündnis90/Die Grünen.

Eine Analyse von Wertorientierungen in Familien zeigt, dass sich erwachsene Geschwister hinsichtlich ihrer Werte deutlich ähneln, was auf eine Herausbildung von Werten während der Kindheit und Jugend schließen lässt. Dies zwingt zu einer Neubewertung gängiger Erklärungsmuster: Denn nicht die ökonomische Lage des Elternhauses sondern die Wertvorstellungen der Eltern prägen den Wertekanon.

Die Theorie des postmateriellen Wertewandels wurde durch den amerikanischen Politikwissenschaftler Ronald Inglehart unter dem Eindruck gesellschaftlicher Veränderungen zu Beginn der 70er Jahre formuliert.¹ Sie besagt, dass die massive Verbesserung der ökonomischen Lebensumstände in vielen westlichen Demokratien seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer Ablösung traditionell bürgerlicher, sogenannter „materialistischer“, Werte durch neue, sogenannte „postmaterialistische“, Werte geführt hat. Unter materialistischen Werten versteht Inglehart die individuelle Betonung von Leistung, Sicherheit, sozialem Aufstieg und Prestige, während postmaterialistische Werte die Bedeutung von Selbstentfaltung, Lebensqualität, Emanzipation und gesellschaftlicher Beteiligung hervorheben.

Die oftmals unterstellten gesellschaftlichen Folgen dieses Wertewandels sind beträchtlich und reichen von den Studentenprotesten der 68er, über das Erstarken der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung bis zur Entstehung der Grünen Partei. Aber auch die Formen des Zusammenlebens und die Einstellungen der Menschen zur Arbeit werden durch den Wertewandel beeinflusst. So steht in zunehmendem Maße nicht mehr die Sicherung des Lebensunterhalts im Vordergrund der Arbeitsmarktbeteiligung, sondern die Möglichkeiten der beruflichen Selbstentfaltung und der individuellen Weiterentwicklung. Die Theorie des postmateriellen Wertewandels unterstellt, dass sich dieser Wertewandel mit der Verzögerung einer Generation und nicht gleichzeitig mit dem Wohlstand entwickelt. Deshalb

¹ Vgl. Inglehart, R.: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *American Political Science Review* 65, 1971, 991–1017; Inglehart, R.: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton 1977; Inglehart, R.: Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton 1997; Inglehart, R., Welzel, C.: Modernization, Cultural Change and Democracy. Princeton 2005.

Fünf Fragen an Martin Kroh

Materialistisch oder nicht? Werte prägen vor allem das Wahlverhalten.



Dr. Martin Kroh,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in
der Abteilung
Längsschnittstudie
Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP)
am DIW Berlin

Herr Dr. Kroh, in Ihrer Untersuchung unterscheiden Sie zwischen „materialistischen“ und „postmaterialistischen“ Werten. Was ist der entscheidende Unterschied?

Unter Materialismus verstehen die Sozialwissenschaften, dass Personen Sicherheit, wirtschaftlichen Aufstieg und ökonomische Absicherung höher bewerten, als sogenannte postmaterialistische Ziele wie individuelle Selbstentfaltung, Emanzipation, politische Mitbestimmung oder auch politische Ziele wie Umweltschutz.

Sie beobachten einen Wertewandel in Deutschland. Wie sieht dieser Wertewandel aus, und worauf ist er zurückzuführen?

Unsere Daten umfassen 20 Jahre für Westdeutschland und die letzten zehn Jahre für Ostdeutschland. Wir stellen fest, dass in Westdeutschland der Anteil an Postmaterialisten von 38 auf 47 Prozent zugenommen hat, während er sich in Ostdeutschland von 22 auf 45 Prozent verdoppelt hat. Die gängige Erklärung für Westdeutschland ist, dass dieser Prozess schon seit Jahrzehnten läuft. Die Kriegsgeneration ist in materiell schwierigen Zeiten aufgewachsen und hat entsprechend materialistische Werte entwickelt. Diese Menschen bewerten ökonomische Sicherheit höher als zum Beispiel Selbstverwirklichung. Die Nachkriegsgenerationen hingegen, die in Wohlstand und politischer Sicherheit aufgewachsen sind, nehmen materielle Sicherheit eher als gegeben wahr. Sie haben postmaterialistische Ziele entwickelt und orientieren sich verstärkt an Werten wie gesellschaftlicher Beteiligung oder Emanzipation. In Ostdeutschland stand die Bevölkerung noch Mitte der 90er Jahre unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Dies ist vermutlich der Grund, warum dort noch die ökonomische Sicherheit sehr wichtig war. Das aber hat sich deutlich gewandelt.

Welche Unterschiede gibt es zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland?

Geringe Unterschiede zeigen sich hinsichtlich beruflicher Stellung und Einkommen. Selbständige oder leitende Angestellte sind postmaterialistischer als Arbeiter; Menschen mit hohem Einkommen sind postmaterialistischer als Leute mit geringem Einkommen. Ein etwas größerer Unterschied zeigt sich bei der Bildung: Abiturienten sind postmaterialistischer als Hauptschulabgänger. Dennoch sind diese Unterschiede nicht so dramatisch. Am stärksten ist die Koppelung bei den politischen Präferenzen: Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind zu drei Vierteln Postmaterialisten, während Anhänger der Unionsparteien zu zwei Dritteln Materialisten sind.

Welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen hat dieser Wertewandel in Deutschland?

Dieser Wertewandel hat auf jeden Fall gesellschaftspolitische Auswirkungen. Falls der Trend zum Postmaterialismus anhalten sollte, werden neben ordnungspolitischen Fragen verteilungspolitische Fragen in zunehmendem Maße wichtig. Auch Arbeitgeber werden in Zukunft mit anderen Anforderungen der Beschäftigten konfrontiert sein. Zum Beispiel könnte der Wunsch nach beruflicher Weiterentwicklung gegenüber der Entlohnung einen höheren Stellenwert einnehmen.

Die Politik muss auf den Wertewandel reagieren.

Wie sollte man auf diese Entwicklung reagieren?

Man muss auf diese Entwicklung reagieren, das zeigen auch aktuelle politische Maßnahmen. Zum Beispiel sollte Frauen, die den Wunsch haben, beruflich erfolgreich zu sein, die Berufstätigkeit erleichtert werden. Ein anderes Beispiel ist die Gleichstellung nicht ehelicher Partnerschaften. Man sieht also Ansätze in der Politik, dass ein Wertewandel sich auch in der Anpassung politischer Regelungen äußert.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

konnte sich die neu entstandene Sicherheit und das Wirtschaftswunder der 50er Jahre erst in gesellschaftlichen Veränderungen der 70er Jahre äußern. Menschen, die in ökonomisch oder politisch unsicheren Zeiten aufgewachsen sind, bleiben nach der Theorie ihr Leben lang Materialisten und solche, die in ihrer Kindheit und Jugend ökonomischen Überfluss und Sicherheit erlebt haben, vertreten in ihrem Leben postmaterialistische Werte. Wertewandel entsteht nach Inglehart nicht durch individuelle Meinungsänderung, sondern vielmehr durch das stete Nachrücken von Geburtsjahrgängen mit neuen Werten, die nach und nach die gesellschaftliche Mehrheitsmeinung prägen.

„Ruhe und Ordnung“ versus „freie Meinungsäußerung“

Werte des Materialismus und Postmaterialismus wurden in der vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-ökonomischen Panel Studie (SOEP) in den Jahren 1986, 1996 und 2006 mittels des von Inglehart entwickelten Standardbefragungsinstruments erhoben.² Die Befragten werden dabei gebeten, die vier möglichen Ziele staatlichen Handelns „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“, „Kampf gegen steigende Preise“, „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ und „mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung“ entsprechend der individuell wahrgenommenen Wichtigkeit in eine Rangordnung zu bringen. In dem Maße, in dem die Befragten die ersten beiden Politikziele den letzten beiden in ihrer Wichtigkeit vorziehen, werden sie als Materialisten klassifiziert. In dem Maße, wie sie die letzten beiden Politikziele vorziehen, werden sie als Postmaterialisten bezeichnet.³

In Westdeutschland stieg der Anteil der Postmaterialisten in den vergangenen zwanzig Jahren von 38 auf 47 Prozent, wobei Mitte der 90er Jahre die Betonung postmaterialistischer Werte geringfügig

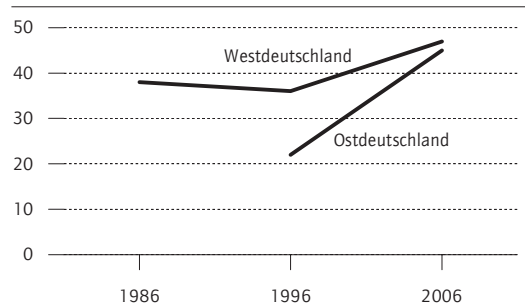
² Vgl. Frick, J. et al.: 25 Wellen Sozio-ökonomisches Panel. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Nr. 3/2008.

³ Die Annahme, dass die Rangfolge der Politikziele Auskunft über die Orientierung der Befragten zum Materialismus beziehungsweise zum Postmaterialismus gibt, wird in einem großen Teil der sozialwissenschaftlichen Werteliteratur geteilt; sie ist jedoch nicht ohne Kritik. Kritisiert wird, dass der „Kampf gegen steigende Preise“ von der jeweiligen Inflationsrate abhängig sei und somit ungeeignet für die Messung stabiler Wertorientierungen, vgl. Clarke, H. D., Dutt, N.: Measuring Value Change in Western Industrialized Societies: The Impact of Unemployment. *American Political Science Review* 85, 1991, 905–920. Außerdem wird kritisiert, dass die Ziele „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ und „mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung“ Indikatoren demokratischer Normen seien und nicht des Postmaterialismus-Konzepts im Sinne Ingleharts.

Abbildung 1

Personen mit postmaterialistischen Werten in West- und Ostdeutschland

In Prozent



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

schwächer ausfiel als Mitte der 80er (Abbildung 1).⁴ In Ostdeutschland ist zwischen 1996 und 2006 ein deutlicher Wandel zum Postmaterialismus auf nahezu das westdeutsche Niveau zu erkennen. Der Anteil der Postmaterialisten hat sich in nur zehn Jahren von 22 auf 45 Prozent verdoppelt. Diese vergleichsweise schnelle Entwicklung kann nicht vollständig durch die Generationenabfolge in den neuen Bundesländern erklärt werden und spricht – entgegen der Theorie des Wertewandels nach Inglehart – für einen Periodeneffekt. Vermutlich ist die starke Betonung materieller Bedürfnisse und Sicherheit in Ostdeutschland Mitte der 90er Jahre auf die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und den Systemwechsel zurückzuführen. Zehn Jahre später unterstützen ostdeutsche Befragte postmaterialistische Ziele der freien Meinungsäußerung und politischen Mitbestimmung in ähnlichem Umfang wie die aus den alten Bundesländern.

Abbildung 2 gibt die Abweichung der Anteile der Postmaterialisten vom Durchschnitt für unterschiedliche Geburtskohorten wieder. Auffallend ist die hohe Stabilität der Verbreitung des Materialismus beziehungsweise des Postmaterialismus innerhalb der jeweils zu zehn Jahren zusammengefassten Geburtskohorten. Dieser Befund, der auf alle Kohorten gleichermaßen zutrifft, deutet darauf hin, dass Personen im Lebenszyklus ihre Werte nicht systematisch in eine Richtung verändern, wie gängige lebenszyklische Thesen zum Beispiel eines „Alterskonservatismus“ erwarten lassen würden.⁵ Beispielsweise besteht

⁴ Der Trend zum Postmaterialismus kann für Westdeutschland wie auch für andere westeuropäische Gesellschaften auf Basis von Eurobarometer-Daten und Daten allgemeiner Bevölkerungsumfragen seit den frühen 70er Jahren beobachtet werden.

⁵ Vgl. zum Beispiel Glenn, N. D.: Aging and Conservatism. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 415, 1974, 176–186.

die Generation der zwischen 1960 und 1969 Geborenen sowohl im Alter von etwa 20 Jahren (Beobachtungszeitpunkt 1986) überdurchschnittlich aus Postmaterialisten, als auch im Alter von etwa 40 Jahren (Beobachtungszeitpunkt 2006). Gleichmaßen ist der Anteil an Postmaterialisten in der Generation der zwischen 1910 und 1919 Geborenen im Alter von etwa 70 Jahren (Beobachtungszeitpunkt 1986) wie auch im Alter von etwa 90 Jahren (Beobachtungszeitpunkt 2006) um über 20 Prozentpunkte geringer als im Durchschnitt.

Auffallend ist auch, dass jede betrachtete Generation zunehmend postmaterialistischer ist als ihre Vorgängergeneration. Die deutlichsten Veränderungen in der Ablösung materialistischer durch postmaterialistische Werte werden in der Generationenabfolge zwischen der Kriegsgeneration (bis Jahrgang 1929), der Nachkriegsgeneration (Jahrgänge 1930 bis 1949) und den späteren Generationen (seit Jahrgang 1950) deutlich. Dieses Ergebnis entspricht weitgehend den Vorhersagen der Theorie postmateriellen Wertewandels. Die Jahrgänge seit 1950 unterscheiden sich insbesondere in Westdeutschland eher geringfügig hinsichtlich der Anteile an Postmaterialisten.⁶

Rentner sind besonders materialistisch orientiert

Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Bevölkerung durch altersbedingte Erneuerung zunehmend postmaterialistisch wird. In immer größerem Maße wird die individuelle Selbstentfaltung und gesellschaftliche Emanzipation als wichtiger beurteilt als der eigene soziale Aufstieg und die ökonomische Sicherheit. Tabelle 1 gibt den Anteil der Postmaterialisten in verschiedenen Gruppen der Bevölkerung im Jahr 2006 wieder.

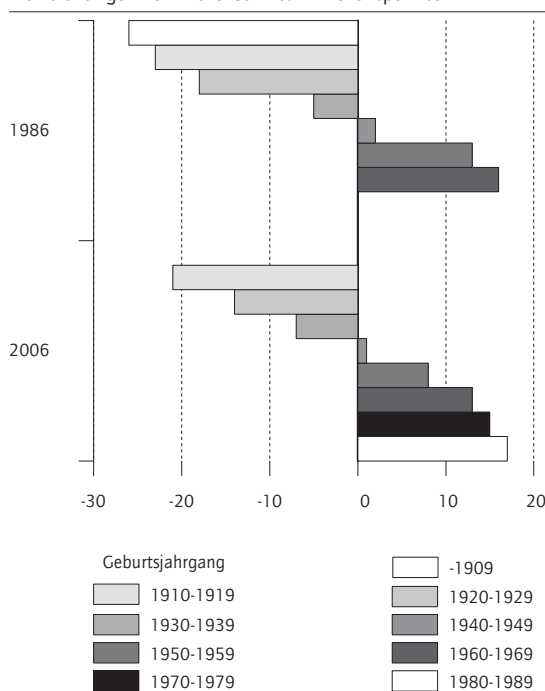
Betrachtet man die berufliche Stellung, zeigt sich ein überdurchschnittlicher Anteil bei Selbständigen, Freiberuflern und leitenden Angestellten und Beamten (jeweils über 55 Prozent). Ein unterdurchschnittlicher Anteil ist bei Arbeitern zu finden (44 Prozent). Entsprechend den Befunden zu den Geburtskohorten sind Rentner besonders materialistisch (68 Prozent) und Auszubildende besonders postmaterialistisch (60 Prozent).

⁶ Betrachtet man West- und Ostdeutschland getrennt, dann zeigt sich auch in den neuen Bundesländern entsprechend der westdeutschen Befunde, dass jeder neue Geburtsjahrgang im Durchschnitt postmaterialistischer ist als der vorherige. Der deutlichste Unterschied zwischen zwei aufeinander folgende Generationen tritt jedoch etwas später als in Westdeutschland zwischen den Kohorten der Jahrgänge 1950/1959 und 1960/1969 auf.

Abbildung 2

Personen mit postmaterialistischen Werten nach Geburtskohorten

Abweichungen vom Durchschnitt in Prozentpunkten



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Weiterhin zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und Bildung – je höher der Schulabschluss ist, desto höher ist ihr Anteil (Abiturienten 56 Prozent). Beim Einkommen ist nur ein schwacher Zusammenhang zu finden. Die zwanzig Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Haushalts-Einkommen – das oberste Einkommensquintil – weisen mit 50 Prozent den höchsten Anteil an Postmaterialisten auf. Bei Beziehern von Hartz IV, was in der vorliegenden Studie den Bezug von Sozialgeld einschließt, ist der Anteil der Postmaterialisten mit 54 Prozent deutlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Anzumerken bleibt jedoch, dass es sich bei Beziehern von Hartz IV im Durchschnitt um jüngere Befragte im erwerbsfähigen Alter handelt.

Bezüglich des Familienstandes ist der Anteil der Postmaterialisten in nichtehelichen Partnerschaften mit 55 Prozent höher als in ehelichen Partnerschaften mit 43 Prozent. Die stärksten Differenzen im Anteil von Materialisten und Postmaterialisten bestehen hinsichtlich der individuellen Parteibindung. Anhänger von Bündnis90/Die Grünen sind mit deutlicher Mehrheit Postmaterialisten (74 Prozent), während Anhänger der Unionsparteien mit deutlicher Mehrheit Materialisten (65 Prozent) sind.

Tabelle 1

Postmaterialisten nach beruflicher Stellung, Bildung, Einkommen, Lebensform und Parteibindung 2006

Anteile in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Berufliche Stellung	
Arbeitslos	50
Rentner	32
Sonstige nicht Erwerbstätige	41
Ausbildung	60
An- oder ungelernte Arbeiter	44
Facharbeiter	44
Einfache Angestellte/Beamte	47
Leitende Angestellte/Beamte	55
Freiberufler, Selbständige ohne Mitarbeiter	61
Freiberufler, Selbständige mit Mitarbeitern	56
Schulbildung¹	
Volks-/Hauptschule	36
Realschule	48
Abitur	56
Haushalts-Einkommen²	
1. Quintil	45
2. Quintil	42
3. Quintil	45
4. Quintil	48
5. Quintil	50
Hartz IV-Empfänger	
Kein Bezug von Hartz IV	46
Bezug von Hartz IV ³	54
Lebensform	
Allein lebend	49
Nichteheliche Partnerschaft	55
Eheliche Partnerschaft	43
Parteibindung⁴	
SPD	48
CDU/CSU	35
FDP	54
Bündnis90/Die Grünen	74
Die Linke.PDS/WASG	60
Keine Parteibindung	46
Insgesamt	46

¹ Ohne Schüler und Personen ohne Schulabschluss.² Bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.³ Einschließlich Bezieher von Sozialgeld.⁴ Frage im SOEP: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Sonstige Parteibindungen nicht ausgewiesen.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Wird die Untersuchung der Anteile der Postmaterialisten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf Basis der 1986 in Westdeutschland erhobenen Daten repliziert (nicht in Form einer Tabelle dokumentiert), zeigt sich ein sehr ähnliches Bild der Verteilung wie 2006 für Gesamtdeutschland, jedoch auf einem geringeren Niveau hinsichtlich der Verbreitung des Postmaterialismus. In einzelnen Bereichen haben sich die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sogar verringert. Beispielsweise lag der Anteil

der Postmaterialisten bei Personen mit Hauptbeziehungsweise Volksschulabschluss 1986 bei 30 Prozent gegenüber 62 Prozent bei denen mit Abitur. Der Unterschied zwischen Anhängern der Grünen und der Union betrug 1986 noch 81 zu 25 Prozent gegenüber 74 zu 35 Prozent im Jahr 2006.

Grundsätzlich gilt, dass zwar zwischen Bevölkerungsgruppen nach beruflicher Stellung, nach der Lebensform oder dem Einkommen Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Postmaterialisten bestehen, dass diese Unterschiede jedoch vergleichsweise moderat ausfallen und somit nicht auf einen ausschließlichen Wertewandel in bestimmten sozialstrukturellen Gruppen hindeuten.

Wie prägend für den Wertekanon sind Jugenderfahrungen?

Eine zentrale Hypothese der Theorie des postmateriellen Wertewandels ist die Entstehung von Werten im Kindes- und Jugendalter, wobei Inglehart die Bedeutung des ökonomischen Umfeldes während der Jugend für die Entwicklung materialistischer beziehungsweise postmaterialistischer Werte betont.

Eine gängige Methode zur Abschätzung des Einflusses von Erfahrungen im Jugendalter auf spätere individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen besteht in der Untersuchung von Geschwistern. In dem Maße, in dem erwachsene Geschwister hinsichtlich ihrer Werte ähnlicher sind als rein zufällig ausgewählte Personen, kann darauf geschlossen werden, dass die Entstehung von Werten in Gemeinsamkeiten von Geschwistern in ihrer Kindheit und Jugend zurückzuführen ist. Tatsächlich zeigt sich auf Basis der im SOEP befragten Familien, dass die Neigung zum Materialismus beziehungsweise Postmaterialismus mehrheitlich von den 948 untersuchten erwachsenen Geschwistern auch langfristig geteilt wird. Aber welcher Art sind diese gemeinsamen Erfahrungen, die eine hohe Ähnlichkeit von Geschwistern hinsichtlich ihrer Werte begründen?

Inglehart vertritt die These, dass Erfahrungen des ökonomischen Mangels während der Kindheit und Jugend zur Ausbildung materialistischer Werte führen und die Erfahrungen des Überflusses zu postmaterialistischen Werten. In Tabelle 2 wird die Veränderung der individuellen Wahrscheinlichkeit materialistische im Gegensatz zu postmaterialistischen Werten zu vertreten in Abhängigkeit von der elterlichen Erwerbs- und

Einkommenslage dargestellt. Während die Wertorientierung für erwachsene Befragte durch das SOEP gemessen wurde, beziehen sich die elterlichen Merkmale auf einen Zeitpunkt, zu dem die Befragten etwa im Alter von 15 Jahren waren. Betrachtet wird die Arbeitslosigkeit der Eltern, ihre Einkommensarmut und der Bezug staatlicher Sozialtransfers.

Im Fall von Arbeitslosigkeit und Armut stimmt das Vorzeichen des Zusammenhangs mit den Erwartungen überein. Die Wahrscheinlichkeit als Erwachsener Materialist zu sein, steigt um sieben beziehungsweise drei Prozent, falls die Person in einem Haushalt mit arbeitslosen Eltern beziehungsweise in Armut aufgewachsen ist. Unter Berücksichtigung von Armut und Arbeitslosigkeit sinkt die Wahrscheinlichkeit materialistische Werte zu vertreten überraschend in den Fällen, in denen Eltern Sozialtransfers bezogen haben, um zwei Prozent. Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass sich keiner dieser drei Effekte im Bereich statistischer Signifikanz befindet. Aufgrund des Stichprobenfehlers kann also nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass der Effekt von Null verschieden ist.

Das Sein prägt nicht das Bewusstsein

Ein unsicheres ökonomisches Umfeld während der Jugend scheint somit entgegen der Theorie des postmateriellen Wertewandels nach Inglehart kein besonders guter Prädiktor für Materialismus bei Erwachsenen zu sein. Ein elterliches Merkmal, das durch die Theorie des postmateriellen Wertewandels weitgehend unberücksichtigt bleibt, nach den Befunden der vorliegenden Untersuchung jedoch in statistisch signifikanter Weise die Entwicklung von Werten beeinflusst, ist die Wertorientierung der Eltern. Personen, deren Eltern materialistische Werte vertraten, haben eine 17 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, als Erwachsene ebenfalls Materialisten zu sein.

Das Ergebnis des geringen Einflusses des ökonomischen Umfeldes während der Kindheit und Jugend auf die Entstehung postmaterialistischer Werte scheint mit Hinblick auf die Theorie erklärungsbedürftig. Dieses Ergebnis stimmt scheinbar nicht mit den Befunden einer zunehmenden Verbreitung postmaterialistischer Werte in jungen Geburtskohorten und der hohen Verbreitung des Postmaterialismus bei Personen mit überdurchschnittlicher Bildung und Einkommen überein. Möglicherweise hat eine prekäre ökonomische Lage während der Kindheit durch wohlfahrtsstaatliche Arrangements heute nicht mehr dieselbe prägende Bedeutung wie

Tabelle 2

Veränderung der Wahrscheinlichkeit¹ für materialistische Werte nach den Merkmalen der Eltern

In Prozent²

Arbeitslosigkeit	+7
Armut ³	+3
Sozialtransfers	-2
Materialismus der Eltern	+17

1 Bei den Angaben handelt es sich um marginale Effekte, die in einer binären Logit-Regression bestimmt wurden.

2 Es wurden Daten von 420 Befragten verwendet, die bereits als Jugendliche in SOEP-Haushalten lebten und deren Werte als Erwachsene über einen Zeitraum von wenigstens zehn, in einigen Fällen sogar 20 Jahren, beobachtet wurden. Die Zahl der Beobachtungen beträgt 903.

3 Das äquivalenzgewichtete Nettohaushaltseinkommen beträgt weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

noch bis zum Zweiten Weltkrieg. Möglicherweise ist aber auch die Bildungsexpansion und nicht zunehmender Wohlstand für höhere Anteile der Postmaterialisten in jüngeren Geburtskohorten verantwortlich.

Ebenfalls problematisch für die Theorie des postmateriellen Wertewandels nach Inglehart ist der Befund des positiven Zusammenhangs zwischen Werten der Eltern und ihrer Kinder. Wenn jede Generation in der Entwicklung ihrer Werte nicht nur von ökonomischen Bedingungen während der Jugend beeinflusst wird, sondern auch die Wertorientierung der Elterngeneration berücksichtigt, erfolgt Wertewandel nicht linear zur wirtschaftlichen Entwicklung mit der Verzögerung einer Generation wie von Inglehart vermutet.

Wenn die Elterngeneration mehrheitlich materialistisch orientiert ist – was in der Bundesrepublik lange Zeit der Fall war –, deren Kinder jedoch mehrheitlich in relativem Wohlstand aufwachsen, fällt Wertewandel zum Postmaterialismus aufgrund der eher auf Materialismus zielenden elterlichen Erziehung langsamer aus, als die wirtschaftliche Entwicklung dies vermuten lassen würde. Falls jedoch die Elterngeneration selbst in Zukunft mehrheitlich zu den Postmaterialisten zählt, und sich die ökonomische Lage der Bevölkerung auch langfristig verbessert, würden sowohl Wohlstand als auch elterliche Erziehung den Anteil an Postmaterialisten in neuen Geburtskohorten positiv beeinflussen. Der Wertewandel zum Postmaterialismus würde sich in diesem Fall sogar schneller vollziehen, als die wirtschaftliche Entwicklung dies vermuten lassen würde.

Fazit

Die Daten des SOEP zeigen, dass sich der langsame Wandel der Werteorientierung, der in den meisten industriellen Ländern seit den 70er Jahren beobachtet werden kann, bis heute fortsetzt. Der zunehmende Anteil der Postmaterialisten lässt sich jedoch nicht ausschließlich durch die altersbedingte Erneuerung der Bevölkerung erklären. Insbesondere die Weitergabe der Werteorientierung der Eltern an ihre Kinder hat einen nachweisbaren Einfluss.

JEL Classification:
Z13, D72, C23

Keywords:
Value change,
Postmaterialism,
Intergenerational
transmission

Sollte sich dieser Trend zum Postmaterialismus in Zukunft verstetigen, kann dies nicht ohne gesellschaftspolitische Anpassungsprozesse vonstatten gehen. Parteien werden neben ord-

nungs- und sicherheitspolitischen Ansprüchen der Bürger immer stärker mit verteilungs- und umweltpolitischen Fragestellungen konfrontiert sein. Arbeitgeber werden gefordert sein, mehr in die individuelle berufliche Weiterentwicklung als in die rein monetäre Absicherung ihrer Beschäftigten zu investieren. Eine bisher an traditionellen Lebensentwürfen und Rollenverteilungen orientierte gesellschaftliche Ordnung muss sich verstärkt dem Wunsch nach Selbstentfaltung anpassen. Aktuelle Bestrebungen zur Verbesserung der Lage berufstätiger Frauen, die Gleichstellung nichtehelicher und gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und die stärkere Beteiligung von Migranten in allen Gesellschaftsbereichen sind Beispiele einer solchen Entwicklung.

Zunehmende wirtschaftliche Integration fördert regionale Währungs Kooperation in Asien

Die Volkswirtschaften Ost- und Südasiens wachsen wirtschaftlich immer stärker zusammen. Der intraregionale Handel und die wechselseitigen Direktinvestitionen haben in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Nur die Integration der Finanzmärkte der Region ist bislang weniger fortgeschritten. Seit der Asienkrise von 1997/98 wird die wirtschaftliche Integration durch einen aktiven politischen Prozess begleitet, der maßgeblich im Rahmen des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und seiner Kooperationspartner China, Japan und Südkorea vorangetrieben wird. Nach einer Reihe regionaler Initiativen mit dem Ziel, krisenhafte Entwicklungen künftig zu vermeiden, richtet sich das Augenmerk mittlerweile vermehrt auf die währungspolitische Zusammenarbeit. Auf mittlere Sicht könnte ein gemeinsames Wechselkursregime entstehen.

Die innerasiatischen Handelsbeziehungen haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen. Der Anteil des intraregionalen Handels am jeweiligen Gesamt-handel legte sowohl für den gesamten Kontinent als auch für die in diesem Bericht näher betrachteten Teilregionen seit 1990 stetig zu (Abbildung 1). Die intraregionale Handelsintensität übertrifft dabei zum Teil deutlich jene in der Europäischen Union (Tabelle 1). Seit Mitte der 90er Jahre wird dieser Prozess durch eine rasche Zunahme der abgeschlossenen (vornehmlich bilateralen) Freihandelsabkommen begünstigt, die mittelfristig in ein multilaterales asiatisches Freihandelsabkommen überführt werden sollen.¹ Die wachsenden innerasiatischen Handelsströme bedeuten dabei nicht notwendigerweise eine Verringerung der Handelsbeziehungen zu den übrigen Weltregionen – vielmehr sind sie offensichtlich Ausdruck der zunehmend arbeitsteilig organisierten Produktionsweise für Güter, die anschließend weltweit exportiert werden. Ein wesentliches Indiz hierfür sind die tendenziell zunehmenden Gleichbewegungen, die für die Konjunkturzyklen zahlreicher asiatischer Länder im Vergleich zu denen anderer großer Weltregionen (insbesondere der USA und Europas) zu beobachten sind.²

Spiegelbild der verstärkten Handelsströme sind wachsende Kapitalströme, die sich in (Süd-)Ostasien insbesondere in Form ausländischer Direktinvestitionen (FDI) bemerkbar machen. Die entsprechenden Kenngrößen liegen ebenfalls wesentlich über denen in Europa

Erik Klär
eklaer@diw.de

¹ Vgl. ausführlich ADB: How to Design, Negotiate, and Implement a Free Trade Agreement in Asia. ADB Office of Regional Economic Integration, Manila, April 2008, www.adb.org/Documents/Manuals/FTA.

² Vgl. etwa ADB: Is Asia's Business Cycle Gaining Independence? In: Asian Development Outlook 2007; sowie ADB: The Uncoupling Myth: The G3 Slowdown and Developing Asia. In: Asian Development Outlook 2008, www.adb.org/Documents/Books/ADO.

Hintergrund

Dieser Bericht beruht auf Ergebnissen aus einem Beratungsprojekt zu „Monetary and Exchange Rate Policies in Cambodia, Laos and Vietnam: The Scope for Regional Cooperation“, das die Konjunkturabteilung des DIW Berlin im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in Südostasien durchgeführt hat. Ziel des Projekts war es, Spielräume für eine län-

derübergreifende Kooperation von Kambodscha, Laos und Vietnam („KLV-Länder“) im Bereich der Geld- und Währungspolitik zu identifizieren, die diesen neueren Mitgliedern der ASEAN eine bessere Einbindung in laufende Integrationsprozesse in der Region ermöglichen soll. Ausführliche Projektergebnisse werden voraussichtlich Ende 2008 von der ADB in Buchform veröffentlicht.

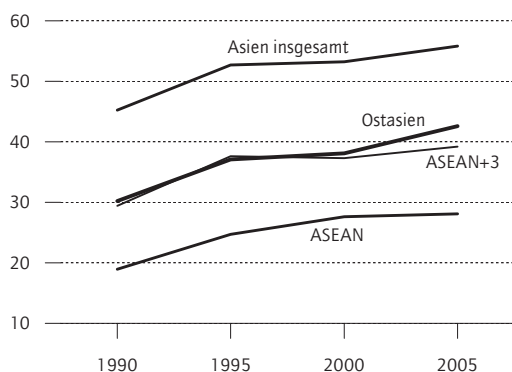
oder Nordamerika (Tabelle 2). Die dominante Rolle der FDI dürfte vor allem dadurch zu erklären sein, dass die regionalen Kapitalmärkte vielerorts weniger entwickelt und insgesamt

untereinander nur geringfügig integriert sind.³ Dazu hat auch die in einer Reihe von Ländern der Region vollzogene Abkehr von der in den 90er Jahren vorangetriebenen vollständigen Finanzmarktliberalisierung beigetragen, die sich im Rahmen der Asienkrise als problematisch herausgestellt hat.

Abbildung 1

Intraregionaler Handel in Asien

Anteile in Prozent



Quelle: IWF Direction of Trade Statistics.

DIW Berlin 2008

Tabelle 1

Handelsintensitäten innerhalb von Staatengemeinschaften beziehungsweise Regionen

	1990	1995	2000	2005
EU-15	1,51	1,66	1,74	1,70
EU-25	1,50	1,67	1,76	1,73
NAFTA	2,09	2,26	2,13	2,50
ASEAN	4,06	3,34	3,68	3,99
ASEAN+3	1,86	1,86	1,88	1,85
Ostasien	2,16	2,04	2,10	2,11

NAFTA: Kanada, Mexiko, USA.

ASEAN: Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

„+3“: China, Japan, Südkorea.

Ostasien: China, Hongkong, Japan, Südkorea, Mongolei, Taiwan.

Quelle: Asiatische Entwicklungsbank.

DIW Berlin 2008

Verstärkte politische Zusammenarbeit in Asien erst seit der Krise

Obwohl die ASEAN als Staatengemeinschaft bereits seit 1967 besteht, war die politische Kooperation auf regionaler Ebene über lange Zeit (etwa im Vergleich zur parallelen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft) deutlich begrenzt. Dies hat sich im vergangenen Jahrzehnt fundamental geändert, wobei die asiatische Finanzmarktkrise von 1997/98 mit einigem Recht als Katalysator für die regionale Zusammenarbeit betrachtet werden kann. Spekulative Angriffe auf die an den Kurs des US-Dollar gebundenen Währungen und die abrupte Umkehr der internationalen Kapitalströme, die zuvor über Jahre in Erwartung der Teilhabe am kräftigen Wirtschaftswachstum in die „Tigerstaaten“ der Region geflossen waren, führten vor gut zehn Jahren zu schweren Banken Krisen. Diese griffen unmittelbar auf die Realwirtschaft über. Auch – an makroökonomischen Fundamentaldaten gemessene – „gesunde“ Volkswirtschaften wie Hongkong oder Malaysia waren über den „Ansteckungseffekt“ (*financial contagion*) von der Krise betroffen und erlitten teils drastische Einbrüche des Wirtschaftswachstums.⁴

Seit dem Krisenjahr 1997 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der ASEAN einmal im Jahr

³ Vgl. Kim, S., Lee, J.-W.: Real and Financial Integration in East Asia. ADB Working Paper Series on Regional Economic Integration Nr. 17, Juni 2008, www.adb.org/Documents/Papers/Regional-Economic-Integration/WP17.asp.

⁴ Vgl. ausführlicher Klär, E., Šehović, K., Steinherr, A.: Asien: Plädoyer für eine schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs und regionale Integration. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 33/2006.

zu formalen oder informellen Gipfeln – in den drei Jahrzehnten zuvor fanden lediglich sechs solcher Zusammenkommen statt. Ferner stoßen zu den Konsultationen nun regelmäßig Vertreter Chinas, Südkoreas und Japans hinzu. Die Mehrzahl der Initiativen in Reaktion auf die Asienkrise wurde im Rahmen dieser „ASEAN+3“ auf den Weg gebracht.

Abkommen von Chiang Mai: erster Schritt zu Asiatischem Währungsfonds

Eine der wichtigsten Initiativen war dabei das im Mai 2000 von den Finanzministern der ASEAN+3 getroffene Abkommen von Chiang Mai (Thailand), in dessen Gefolge eine ASEAN-weite und diverse bilaterale Währungsswap-Vereinbarungen verschiedenen Umfangs zwischen Volkswirtschaften der Region getroffen wurden. Hierdurch stand einem Land in Liquiditätsschwierigkeiten die Möglichkeit offen, kurzfristig auf US-Dollar-Reserven der Partnerländer zuzugreifen.

Das Abkommen von Chiang Mai war eine abgespeckte Variante des bereits zu Anfang der Krise (im September 1997) von der japanischen Regierung ins Gespräch gebrachten „Asiatischen Währungsfonds“, der mit einem Anfangskapital von rund 100 Milliarden US-Dollar (die Hälfte davon aus Japan) ausgestattet werden und im asiatischen Raum die Aufgabe der schnellen Liquiditätsbereitstellung im Krisenfall übernehmen sollte. Diese Rolle fiel im internationalen Finanzsystem bis dato ausschließlich dem IWF zu, der allerdings wegen seines Krisenmanagements während der Asienkrise nicht nur in der Region in der Kritik stand.⁵ Der Vorschlag Japans sah sich jedoch – erwartungsgemäß – starkem diplomatischem Widerstand der USA gegenüber, wurde auch von China nur halbherzig unterstützt und relativ rasch begraben.⁶ Der damals federführende stellvertretende japanische Finanzminister Sakakibara bezeichnete die unzureichende Einbeziehung Chinas später als großen strategischen Fehler, verwies aber gleichzeitig darauf, dass die mit dem Asiatischen Währungsfonds angestreb-

Tabelle 2

Intensität der inter- und intraregionalen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) 2005

	EU-15	EU-25	NAFTA	ASEAN	ASEAN+3	Ostasien
EU-15	1,3	1,3	1,0	0,3	0,3	0,2
EU-25	1,3	1,3	1,0	0,3	0,3	0,2
NAFTA	0,9	0,9	1,1	1,4	0,9	0,8
ASEAN	0,3	0,3	0,2	9,1	5,0	5,0
ASEAN+3	0,3	0,3	1,0	5,5	3,3	3,6
Ostasien	0,2	0,2	0,6	4,1	5,2	4,9

Der Intensitätsindex der FDI gibt das Verhältnis von regionalen zu Weltanteilen wieder:

Die Diagonale der Matrix ist der jeweilige intraregionale Index, die übrigen Indizes sind interregional, Ausgangsregionen in Spalte, Empfangsregionen in Zeilen.

Quelle: Asiatische Entwicklungsbank.

DIW Berlin 2008

ten Ziele mittelfristig auch über den Chiang-Mai-Prozess zu erreichen seien.⁷

Tatsächlich wuchs das Volumen der bilateralen Swap-Vereinbarungen ab 2000 kontinuierlich an. Im Mai dieses Jahres schließlich verständigten sich die ASEAN+3-Staaten darauf, die im Gefolge des Abkommens von Chiang Mai etablierten bilateralen Währungsswaps in einen multilateralen Reservewährungspool mit einem Volumen von rund 80 Milliarden US-Dollar zu überführen. 80 Prozent der Einlagen steuern die (mit umfangreichen Währungsreserven ausgestatteten) Volkswirtschaften Chinas, Japans und Südkoreas bei, der Rest wird von den ASEAN-Staaten getragen. Im Fall einer drohenden Finanzkrise ist jeder Unterzeichner-Staat berechtigt, unmittelbar gegen einen Zins im Bereich von 150 bis 300 Basispunkten über dem aktuellen LIBOR (Interbanken-Zinssatz) auf einen Kredit aus dem gemeinsamen Pool zuzugreifen. Das Abkommen kann als weiterer Schritt auf dem Weg zum ursprünglich angestrebten Asiatischen Währungsfonds begriffen werden.

Regionale Überwachungsmechanismen etabliert

Um Finanzmarktkrisen ähnlichen Ausmaßes wie 1997/98 künftig zu vermeiden, wurde in Asien als zweite Säule eine Reihe von Mechanismen eingerichtet, die eine frühzeitige Erkennung pathologischer Entwicklungen im Finanzmarktbereich ermöglichen sollen. Bereits im November 1997 wurde auf einem Treffen der Staats-

⁵ Zu den US-Ökonomen, die sich kritisch zur Rolle des IWF während der Krise geäußert haben, zählen unter anderem DeLong, B., Eichengreen, B.: *Between Meltdown and Moral Hazard: The International Monetary and Financial Policies of the Clinton Administration*. NBER Working Paper No. 8443, 2001; sowie Stiglitz, J.: *The East Asia Crisis: How IMF Policies Brought the World to the Verge of a Global Meltdown*. In: Stiglitz, J.: *Globalization and its Discontents*. New York 2002.

⁶ Vgl. Lipsky, P.: *Japan's Asian Monetary Fund Proposal*. In: *Stanford Journal of East Asian Affairs* 3(1), 2001, 93–104. Lipsky berichtet, US-Diplomaten hätten in Peking unter Verweis auf japanische Hegemonialbestrebungen in Südostasien Lobbyarbeit gegen den Vorschlag geleistet.

⁷ Sakakibara, E.: *The Asian Monetary Fund – Where Do We Go From Here*. Vortrag bei der „International Conference on Globalization“, Kuala Lumpur, Malaysia, 26. Februar 2001, www.map.gsec.keio.ac.jp/files/kl_feb01.pdf.

und Regierungschefs des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums APEC, zu dessen Mitgliedern auch die USA und Russland zählen, die sogenannte *Manila Framework Group* gegründet. In dieser tauschen sich hochrangige Vertreter der APEC-Länder und solche des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in regelmäßigen Abständen über Risiken für die Stabilität des Finanzsystems in der Region aus und fördern „best practices“ in der Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte. Die asiatischen Mitgliedsstaaten der APEC haben zu diesem Zweck nationale Monitoring-Abteilungen eingesetzt.

Eine ASEAN-spezifische Initiative wurde im Oktober 1998 mit dem *ASEAN Surveillance Process* ins Leben gerufen, der im Jahr 2000 durch den *ASEAN+3 Economic Review and Policy Dialogue* (ERPD) ergänzt wurde und die Finanzminister sowie hochrangige Beamte von Finanzministerien und Zentralbanken der betreffenden Länder zusammenbringt. Während in diesen Foren weitgehend ähnliche Ziele verfolgt werden wie in der *Manila Framework Group*, ist der Schwerpunkt hier nicht strikt makroökonomisch, sondern umfasst auch andere wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Auch beschränken sich zwar der *ASEAN Surveillance Process* beziehungsweise der ERPD vornehmlich auf den Informationsaustausch und die Förderung von „best practices“ – die Verabschiedung rechtlich verbindlicher Vorgaben für einzelne Länder ist in der Regel nicht möglich. Allerdings sind aus dem ERPD heraus das Chiang-Mai-Abkommen fortentwickelt und die unlängst abgeschlossenen Verhandlungen zu dessen Multilateralisierung vorangetrieben worden. Zudem unterstützt der ERPD mit der Abstellung einer Expertengruppe seit 2006 die Arbeit der Asiatischen Entwicklungsbank, die Frühwarnsysteme für die regionalen Finanzsysteme entwickelt, um die kurzfristigen Kapitalströme in der Region zu überwachen und Unregelmäßigkeiten zu erkennen, die sich zu Liquiditätsproblemen entwickeln könnten.

Asiatische Anleihenmarktinitiative stärkt regionale Kapitalmärkte

Die dritte wichtige Säule der seit der Krise vorangetriebenen Zusammenarbeit, die *Asiatische Anleihenmarktinitiative*, konzentriert sich auf die Stärkung der Kapitalmärkte und insbesondere die vielfach nur schwach entwickelten Anleihenmärkte der Region. Ziel ist es, die hohe lokale Ersparnisbildung effektiver für inländische Investitionen nutzbar zu machen und damit das in der Krise zutagegetretene Doppelproblem der Währungs- und Fälligkeitsinkongruenz zu

entschärfen.⁸ Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verwalteten *Asiatischen Anleihenfonds* 1 und 2 (ABF-1 und ABF-2), in deren Rahmen seit 2003 Teile der Währungsreserven wichtiger Zentralbanken der Region in asiatische Anleihen investiert werden, dienen der Stärkung der Nachfrageseite.⁹ ABF-1-Bonds werden dabei in Fremdwährung, die seit Ende 2004 ausgegebenen ABF-2-Anleihen in lokaler Währung ausgegeben. Auf der Angebotsseite unterstützt die Asiatische Entwicklungsbank die Ausgabe von Unternehmensanleihen in lokaler Währung, häufig durch in Ostasien operierende Töchter ausländischer Unternehmen, die zum Teil durch Garantien öffentlicher oder quasi-öffentlicher Institutionen wie der Weltbank, der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Japanischen Bank für Internationale Zusammenarbeit gedeckt werden.¹⁰

Auch wenn das Gesamtvolumen der Asiatischen Anleihenmarktinitiative ABMI bislang noch relativ bescheiden ist, kann sie trotzdem als Erfolg betrachtet werden: Zum einen dienen die geförderten Fonds als Benchmarks für Unternehmen der Region, die über die Emission von Anleihen Kapital beschaffen wollen. Zum anderen bringt die Initiative regelmäßig Vertreter von Zentralbanken zusammen, die gemeinsam darüber entscheiden, wie ein Teil der Währungsreserven angelegt wird – ein solcher Prozess ist in Europa erst im Zuge der Europäischen Währungsunion entstanden. Das Problem der Währungsinkongruenz allerdings bleibt auch bei funktionierenden lokalen Anleihenmärkten auf regionaler Ebene bestehen, solange die Wechselkurse der betreffenden Volkswirtschaften untereinander schwanken beziehungsweise durch unterschiedliche Wechselkursregime die Möglichkeit wechselseitiger Währungsauf- oder -abwertungen aktuell bleibt.¹¹

⁸ Die Kapitalaufnahme der Banken der Region erfolgte typischerweise in Fremdwährungen und kurzfristig, die Kreditvergabe dagegen in lokaler Währung und langfristig. Die Verschuldung stieg daher mit der Abwertung der Landeswährungen in der Krise wertmäßig an, und der Kreditnachschub wurde durch den Abfluss des ausländischen Kapitals abgeschnitten.

⁹ Es handelt sich um die im Executives' Meeting of East Asia and Pacific Central Banks (EAPCM) vertretenen Notenbanken von China, Japan, Südkorea, Hongkong, Thailand, Indonesien, den Philippinen und Singapur sowie die von Australien und Neuseeland.

¹⁰ Für eine ausführlichere Darstellung vgl. etwa Shirai, S.: Financial and Monetary Cooperation in East Asia – Global Governance and Economic Integration. Policy and Governance Working Paper Nr. 106, Keio Universität, Tokio, coe21-policy.sfc.keio.ac.jp/ja/wp/WP106.pdf, 19 ff.

¹¹ Mit der Identifikation der faktischen Wechselkursregime in der Region befassen sich Alvarez-Plata, P., Steinherr, A.: Monetary Frameworks and Exchange Rate Regimes. Kapitel X der projektbegleitenden ADB-Studie, im Erscheinen.

Ausblick: Einführung der ACU

Nicht nur die letztgenannte Beobachtung gibt den Befürwortern einer verstärkten währungspolitischen Zusammenarbeit in Asien Auftrieb. Auch der Erfolg der Europäischen Währungsunion wird in der Region wahrgenommen.¹² Er gibt Anlass zu politischen Initiativen mit dem Ziel, durch Stabilisierung der Wechselkursentwicklung zwischen den Volkswirtschaften der Region die Integration des gemeinsamen asiatischen Marktes weiter zu befördern und der Gefahr eines Abwertungswettlaufs vorzubeugen.¹³ Verschiedene Vorschläge hierzu liegen vor, wobei ein bereits weitgehender Schritt die Einführung einer *Asian Currency Unit* (ACU) wäre. Diese Währungseinheit entspräche einem gewichteten Index der teilnehmenden Währungen, die nach dem Vorbild des europäischen ECU als Parallelwährung geführt und an die regionalen Währungen analog zum Europäischen Währungssystem mit zunehmend engeren Schwankungsbreiten angebunden werden könnte.¹⁴ Ein solches Vorgehen könnte auch die Finanzmarktintegration in der Region fördern: Die Möglichkeit bestünde, anders als seinerzeit in Europa die Kapitalverkehrskontrollen für Kapitalanlagen in ACU bevorzugt zu beseitigen.¹⁵

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat in einem umfassenden Forschungsprojekt bereits diverse Möglichkeiten der Zusammenstellung eines asiatischen Währungskorbes für die ACU geprüft. Ursprünglich sollte die ACU bereits 2006 gestartet werden, jedoch liegt das Projekt derzeit wegen politischer Auseinandersetzungen um die Einbeziehung und die relativen Gewichte individueller Währungen auf Eis.¹⁶ Gleichwohl gehen die politischen Bemühungen um die regionale Währungszusammenarbeit weiter. Neben der Asiatischen Entwicklungsbank hat auch das ASEAN+3-Sekretariat eine Studie in Auftrag gegeben, in der Möglichkeiten für die

Schaffung regionaler Währungseinheiten betrachtet werden.¹⁷ Mittlerweile befürworten zahlreiche Ökonomen zunächst eine gemeinsame Anbindung der regionalen Währungen an einen Leitwährungskorb (etwa aus US-Dollar, Yen und Euro), wie sie China seit der Aufgabe seiner alleinigen Dollarbindung im Jahr 2005 praktiziert.¹⁸ Parallel könnten Abweichungen der einzelnen asiatischen Währungen vom Kurs der (noch zu schaffenden) ACU aufgezeichnet werden und als Referenzdaten für die Entscheidung über eine mögliche spätere Bindung an den gemeinsamen Währungskorb dienen.¹⁹

Roadmap für Vietnam, Laos und Kambodscha

In welchem Umfang die erst spät der ASEAN beigetretenen Staaten Vietnam (1995), Laos (1997) und Kambodscha (1999) ("KLV-Länder") an der laufenden wirtschaftspolitischen Integration in der Region partizipieren können, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Kurzfristig wird es darauf ankommen, die KLV-Länder in bereits bestehende Initiativen einzubinden. Einige Schwierigkeiten sind dabei technischer Natur. Aus geldpolitischer Sicht besonders problematisch ist der Anteil an Fremdwährungen (insbesondere des US-Dollar) am Geldumlauf, der für Kambodscha und Laos besonders hoch ist, aber auch für Vietnam noch merklich ins Gewicht fällt. Auch mit Blick auf die Finanzmarktentwicklung bestehen größere Hürden: Mit Ausnahme des Anfang dieses Jahrzehnts etablierten Aktienmarktes in Vietnam existieren im früheren Indochina bislang keine entwickelten Kapitalmärkte. Ein weiteres wesentliches Hindernis auf dem Weg zu mehr regionaler Integration ist zudem der Mangel an institutionellen Strukturen. Hierzu zählen auch qualifizierte Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten, die notwendig sind, um in den diversen auf ASEAN+3-Ebene installierten Netzwerken und Arbeitsgruppen Entscheidungen beeinflussen zu können.²⁰

¹² Vgl. etwa Moon, W., Rhee, Y., Yoon, D.: *Monetary Cooperation in East Asia*. In: Moon, W., Andreosso-O'Callaghan, B. (Hrsg.): *Regional Integration – Europe and Asia Compared*. Aldershot 2005; sowie Eichengreen, B.: *Parallel Processes? Monetary Integration in Europe and Asia*. Vortrag bei der Konferenz „Toward an Asian Exchange Rate Regime“, Forum on East Asian Monetary Cooperation, Seoul, 19. August 2005.

¹³ Vgl. Ryou, J.-W., Wang, Y.: *Monetary Cooperation in East Asia: Major Issues and Future Prospects*. In: *Journal of International Economic Studies*, 8(1), 2004, 4–33.

¹⁴ Ein Befürworter dieser Lösung ist Eichengreen, B.: *The Parallel-Currency Approach to Asian Monetary Integration*. In: *American Economic Review*, 96(2), 2006, 432–436.

¹⁵ Vgl. hierzu auch Steinherr, A., Cissotta, A., Klär, E., Šehović, K.: *Liberalizing Cross-Border Capital Flows: How Effective Are Institutional Arrangements Against Crisis in Southeast Asia?* ADB Working Paper Series on Regional Economic Integration Nr. 6, November 2006, 20 ff., aric.adb.org/pdf/workingpaper/WP06_Steinherr.pdf.

¹⁶ Vgl. *Financial Times* vom 26.3.2006: *Bickering Delays Asian Currency Unit Launch*. www.ft.com/cms/s/0/fba697ae-bcfb-11da-bdf6-0000779e2340.html.

¹⁷ Chow, H. et al.: *Toward Greater Financial Stability in the Asian Region: Exploring Steps to Create Regional Monetary Units*. Abschlussbericht für das ASEAN+3-Sekretariat, März 2007, www.aseansec.org/20730.pdf.

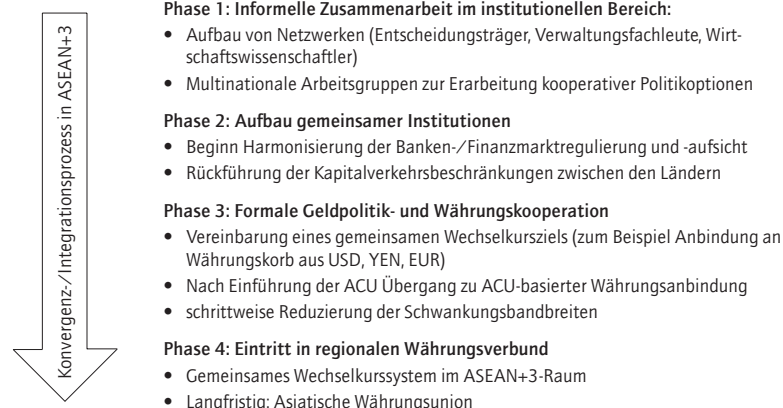
¹⁸ So bereits seit längerem Williamson, J.: *A Currency Basket for East Asia, Not Just China*. Policy Brief in International Economics Nr. 05-1, Institute for International Economics, Washington D.C. 2005, www.iie.com/publications/pb/pb05-1.pdf.

¹⁹ Vgl. Williamson, J., a.a.O., 11; sowie Ogawa, E., Kawasaki, K.: *East Asian Currency Cooperation*. Vortrag beim Seminar des Office of Regional Economic Integration der ADB, Februar 2008, aric.adb.org/pdf/seminarseries/SS10ppt_Optimum_Currency_Area.pdf.

²⁰ Vgl. Vo, T.: *Can the CLV Effectively Engage in the ASEAN Integration?* Vortrag beim Seminar „Accelerating Development in the Mekong Region – The Role of Economic Integration“. Siem Reap, 26./27. Juni 2006, 9 ff., www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/mekong/vtt.pdf.

Abbildung 2

Roadmap für die währungspolitische Kooperation der KLV-Länder im Rahmen des ASEAN-Integrationsprozesses



Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

In den KLV-Ländern sollte daher zunächst besonderer Wert auf strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der institutionellen Voraussetzungen für weitere Integrationsschritte gelegt werden, die der jeweiligen Situation in den einzelnen Ländern anzupassen sind.²¹ Im Hinblick auf kooperative Maßnahmen wäre zwecks Aufbaus der notwendigen Netzwerke die Einrichtung regelmäßiger Konsultationen formaler wie informeller Art zwischen den relevanten Institutionen (Finanzministerien, Zentralbanken, statistischen Ämtern) angezeigt. Multinational besetzte Forschungsgruppen sollten sich systematisch mit konkreten Möglichkeiten und Schwierigkeiten der währungspolitischen Zusammenarbeit auseinandersetzen. Es böte sich an, Finanzhilfen, die im Rahmen der *Initiative für ASEAN-Integration* (IAI) von etablierten Mitgliedstaaten sowie der Asiatischen Entwicklungsbank und anderen multinationalen Institutionen zur Verfügung gestellt werden, gezielt für derartige Kooperationsprojekte zu verwenden (Abbildung 2).²²

Eine potentielle währungspolitische Zusammenarbeit der KLV-Länder setzt Fortschritte in Phase 1 zwingend voraus und erfordert zudem einen klaren politischen Willen der Partner, der momentan noch nicht unbedingt als gegeben betrachtet werden kann. Sollten die politischen Führungseliten der betreffenden Länder sich für einen kooperativen Ansatz entscheiden, muss es

JEL Classification:
E50, E63, F33Keywords:
ASEAN,
ACU,
Financial cooperation

²¹ Der im Erscheinen befindliche Abschlussbericht zum Projekt enthält ausführliche Kapitel zu den einzelnen Ländern, die den individuellen Reformbedarf thematisieren.

²² Vgl. auch Vo, T., a.a.O., 10.

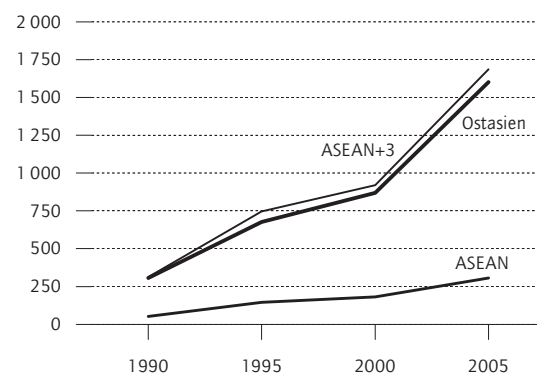
zunächst zum Aufbau gemeinsamer Institutionen kommen, die eine zunehmende Zusammenarbeit in Währungsfragen erst möglich machen. Insbesondere eine Harmonisierung der Regulierungsvorschriften für den Banken- und (soweit vorhanden) Finanzmarkt看bereich sollte frühzeitig in Angriff genommen werden, die eine notwendige Voraussetzung für die schrittweise Rückführung der Kapitalverkehrsbeschränkungen zwischen den drei Ländern darstellt (Phase 2).

Der erste Schritt hin zu einer formalen Kooperation im Bereich der Geld- und Währungspolitik wäre die Vereinbarung eines gemeinsamen Wechselkursziels für die drei Währungen Riel (Kambodscha), Kip (Laos) und Dong (Vietnam). Zu Beginn wäre dabei – wie oben ausgeführt – die Anbindung an einen Korb aus den drei großen Weltwährungen denkbar, wie sie vom wichtigen Handelspartner China bereits praktiziert wird. Wenn sich der Integrationsprozess im asiatischen Raum wie erwartet fortsetzt, wäre der nächste Schritt dann die Anbindung an den zu schaffenden Währungskorb für ASEAN+3, die ACU (Phase 3). Jener Währungskorb aus regionalen Währungen ist die Voraussetzung für die spätere Einrichtung eines asiatischen Währungssystems (nach dem Vorbild des EWS), und könnte somit als Nukleus einer künftigen asiatischen Währungsunion fungieren (Phase 4). Sollte es den Staaten Indochinas gelingen, in der Übergangszeit auf ihrer Ebene erfolgreiche Währungszusammenarbeit zu praktizieren und für deren Umsetzung im größeren Maßstab wesentliche Erfahrungen zu sammeln, dürfte dies den Einfluss jener Länder im Rahmen des ASEAN+3-Integrationsprozesses beträchtlich erhöhen.

Abbildung 3

Handelsvolumen in Asien

In Milliarden US-Dollar zu jeweiligen Preisen



Quelle: IWF Direction of Trade Statistics.

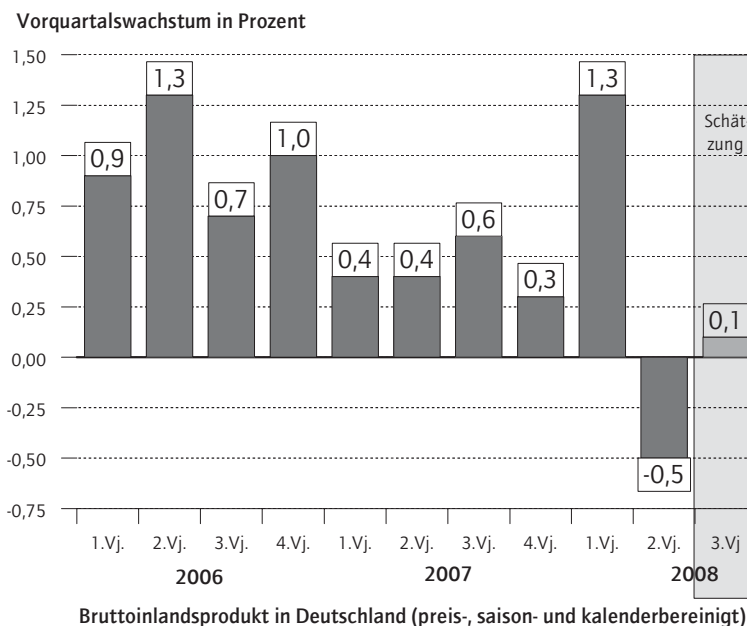
DIW Berlin 2008

Stagnation im dritten Quartal

Das DIW-Konjunkturbarometer signalisiert für das laufende dritte Quartal ein Wirtschaftswachstum (gemessen an der Veränderung des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts) von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Damit tritt die deutsche Wirtschaft in den Sommermonaten praktisch auf der Stelle.

Für das Produzierende Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) zeichnet sich – wie schon im Vorquartal – ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent ab. Damit sind die Produktionszuwächse aus dem ersten Quartal mehr als aufgezehrt. Ähnliches gilt für die Bauwirtschaft, die nach der kräftigen Abkühlung im Vorquartal (die milde Witterung im Winter hat die übliche Frühlingsbelebung weitgehend ausfallen lassen) eine weitere Abschwächung um knapp 0,4 Prozent hinnehmen muss. Demgegenüber kann der Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr mit Zuwächsen rechnen, die mit 0,3 Prozent allerdings schwächer ausfallen als noch im Vormonat erwartet wurde. Gefestigt hat sich die Wachstumserwartung für die übrigen Bereiche: Die unternehmensnahen Dienstleistungen wachsen um 0,6 Prozent, während die öffentlichen und privaten Dienstleistungen um 0,2 Prozent zulegen.

Nach dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im zweiten Quartal bewahren nach der hier vorliegenden Schätzung nur die Dienstleistungssektoren, deren Wertschöpfungsanteil sich auf gut 70 Prozent beläuft, die deutsche Volkswirtschaft vor einem abermals negativen Quartalswachstum. Angesichts des sehr geringen Wertes für die Wachstumserwartung liegen auch negative Werte im Streubereich der Prognose. Hiermit wäre dann rein technisch die Definition einer Rezession erfüllt. Diese formalistische Abgrenzung zeichnete jedoch ein abwegiges Konjunkturbild im Hinblick auf die weitere Entwicklung, die vom DIW Berlin deutlich günstiger eingeschätzt wird, als es die schwachen Wachstumswerte für das zweite und dritte Quartal zum Ausdruck bringen. Insbesondere muss der Wachstumsrückgang im Frühling vor dem Hintergrund einer ungewöhnlich kräftigen Expansion im ersten Quartal gesehen werden. Auch dürfte sich der außenwirtschaftlich bedingte Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte deutlich zurückbilden, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte gestärkt wird und die Binnennachfrage bei hohem Beschäftigungsstand neue Impulse erhält.



© DIW Berlin 2008

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Stürzt die deutsche Konjunktur in eine Rezession?

Warum Panik nicht angebracht ist und die Arbeitsmarktreformen weitergehen müssen

von Klaus F. Zimmermann*

In der Konjunkturpolitik kommt es jetzt darauf an, kühlen Kopf zu behalten und das Gesamtgefüge im Blick zu behalten, anstatt sich an extremen Einzelzahlen zu berauschen. Richtig, das Wirtschaftswachstum ist amtlich von 1,3 Prozent im ersten Quartal 2008 auf ein Minus von 0,5 Prozent im zweiten Quartal (beides im Vergleich zum Output des Vorquartals) gefallen. Das Minus fiel dabei weit geringer aus, als Pessimisten befürchtet hatten – nämlich bis zu minus 1,6 Prozent. Wenn nun auch das dritte Quartal negativ wächst, befindet sich Deutschland formal gesehen in einer Rezession.

Dagegen brummt der Beschäftigungsmotor, Problemgruppen unter den Arbeitslosen finden weiter erfolgreich Beschäftigung und die Nürnberger Bundesagentur lässt ihrer Hoffnung freien Lauf, der Beschäftigungsaufbau und der Rückgang der Arbeitslosigkeit könnte sich auch 2009 ungebremsst fortsetzen. Eine Cassandra aus München spricht sogar von der Entkopplung des Arbeitsmarktes von der Wirtschaft: Mehr Beschäftigung ohne Wachstum sei möglich.

Sachte, sachte. Im ersten halben Jahr ist die deutsche Wirtschaft 2008 im Vergleich zum Vorjahr immer noch um gut zwei Prozent gewachsen. Das aktuelle DIW-Konjunkturbarometer (siehe Vorseite) geht bereits für das dritte Quartal wieder von einem positiven Wachstum aus. Die Konjunktur hat, schon lange vorausgesagt, Mitte 2008 einen Durchhänger, von dem sie sich langsam bis Ende 2009 bis zum Potentialwachstum erholt. Der Arbeitsmarkt ist durch die Reformpolitik positiv stimuliert, folgt als nachlaufender Konjunkturindikator aber der Abschwächung der Konjunktur. Ebenso wie die Konjunktur wird sich auch die Beschäftigungsentwicklung stabilisieren. Dabei ist die Wachstumsschwelle, bei der Beschäftigung entsteht, deutlich geringer geworden. Für eine Entkopplung gibt es also keine Belege, auch und gerade weil die Arbeitsmarktreformen Wirkung zeigen.

Die Forderungen aus der Politik nach neuen Konjunkturprogrammen wie etwa nach Steuersenkungen sind Wahlkampfgetöse. Weder rechtfertigt die Konjunkturdynamik solche Vorschläge, noch die Tatsache, dass bereits mehrere Belebnungsprogramme installiert sind: Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer und Haushalte sowie die Unternehmenssteuerreform spülen 2008 bereits mehr als 15 Milliarden Euro in die Wirtschaft. Gute Ernten in Europa und der zurückgehende Preisdruck aus den Energiemärkten durch die Verlangsamung der Weltkonjunktur wird die Inflation in der zweiten Jahreshälfte deutlich abschwächen und so die reale Kaufkraft stimulieren. Dies stärkt das Wachstum. Im Notfall bleiben in der Krise die automatischen Stabilisatoren aus Steuerausfällen und steigenden Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, die dann nicht mehr reingespart werden dürfen.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.